

**Projektkennblatt**  
der  
**Deutschen Bundesstiftung Umwelt**



Az	<b>24873</b>	Referat	<b>44</b>	Fördersumme	<b>118.365 Euro</b>
<b>Antragstitel</b>	<b>Klimaschutz in Kommunen – Strategische Umsetzung des nachhaltigen Energiemanagements zur CO<sub>2</sub>-Minderung</b>				
<b>Stichworte</b>	Klimaschutz, Energieeffizienz, Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung				
Laufzeit	Projektbeginn	Projektende	Projektphase(n)		
<b>3 Jahre</b>	<b>01.02.2008</b>				
Zwischenberichte					
<b>Bewilligungsempfänger</b>	Fachhochschule Erfurt, FB T			Tel	0361-6700375
	Fachgebiet Planung und Kommunikation			Fax	0361-6700528
	Altonaer Straße 25			Projektleitung	
	99084 Erfurt			Frau Prof. Dr.-Ing. Sinning	
				Bearbeiter	
				Dipl.-Ing. Guido Spohr	
<b>Kooperationspartner</b>	bzt – Büro für zukunftsfähige Regionalentwicklung Dr.-Ing., Dipl.-Geogr. Holger Kreft Werksstraße 15 45527 Hattingen				

### **Zielsetzung und Anlass des Vorhabens**

Ziel des Projektes ist es, Kommunen zu unterstützen, die mit dem zukunftsorientierten Steuerungsansatz des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements eine Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes erreichen wollen.

Mittels des *Managements* sollen:

- die technischen, planerischen und integrativen Maßnahmen im *Energiebereich* gebündelt,
- der Einsatz und Ausbau von erneuerbaren Energieträgern sowie
- die Realisierung von Energieeffizienz abgesichert,
- die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert und
- energetisch-nachhaltige Wirtschaftskreisläufe (tragfähige, regionale Netzwerke und Arbeitsplätze) angestoßen werden.

Dabei ist die Koordination und Bündelung von privaten (v. a. KMU und Bürgerschaft), kommunalen und regionalen Akteuren und von Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes durch die Förderung und den Einsatz erneuerbarer Energieträger ein wichtiger Anknüpfungspunkt. Für Modellkommunen sollen *kommunale bzw. regionale Kompetenznetzwerke zum Thema Energie* aufgebaut werden, die sowohl nachfrage- als auch angebotsorientiert das kommunale Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich forcieren und die Aktivitäten langfristig absichern.

Den vorhandenen Informationsdefiziten und dem fehlenden Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung im Energiebereich soll mit einer *innovativen Kommunikationsstrategie* für kommunale Entscheidungsträger, Unternehmen (vor allem KMU) und die Zivilgesellschaft die Bürgerschaft und begegnet werden.

Die Einführung von Neuerungen in den jeweiligen Organisationen bzw. die Widerstände, die Führungskräfte und Mitarbeiter der Organisationen (insbesondere in den Verwaltungen) den gegebenenfalls notwendigen Veränderungen entgegensetzen, werden ebenfalls zum Thema gemacht. Widerstände sollen mit Methoden des Veränderungsmanagements bearbeitet und möglichst aufgeweicht werden. Dazu ist etwa das Infragestellen bestimmter Grundhaltungen und Einstellungen notwendig, die für inhaltliche Neuerungen eines kommunalen (wie bspw. ressortübergreifendes Handeln) hinderlich sind. Durch das Projekt werden Erkenntnisfortschritte zum Thema lokale Governance-Formen für Nachhaltigkeit sowie positive Auswirkungen auf die Lebensqualität in den Kommunen erwartet.

Auf der Grundlage einer Best-Practice-Analyse und der kommunalen Strategie soll ein Handlungsleitfaden verfasst werden. Dieser findet in den Modellkommunen Anwendung. Der erprobte Leitfaden wird auf andere Kommunen übertragbar sein und dort ebenfalls einen Erkenntnisfortschritt bezwecken.

## **Darstellung der Arbeitsschritte und der angewandten Methoden**

Methodisch sollen in der *ersten Phase* Best Practices für kommunales Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich untersucht werden. Die Best Practices werden dahingehend analysiert, wie die Fachnetzwerke (inkl. KMU) aufgebaut wurden und welche Akteure dabei eingebunden waren. Zudem sollen die Steuerungsansätze, die Indikatoren, die Verankerung der Vorhaben in (lokalen politischen) Strategien und/ oder Ziele von Programmen (wie z.B. Entwicklungskonzepte, INSEK) und lokalen Initiativen sowie die stattgefundenen Kommunikationsprozesse untersucht werden.

Mit Hilfe der SWOT-Analyse sollen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken identifiziert werden, um daraus Erfolgsfaktoren und Hemmnisse für ein Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich abzuleiten. Anhand dieser Ergebnisse soll in der *zweiten Phase* ein übertragbarer Leitfaden zur Umsetzung eines kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements im Energiebereich erarbeitet werden. Dabei ist die Erfassung der Erfolgsfaktoren im Energiebereich, die den kommunalen und regionalen Bedarf zusammenstellen, von zentraler Bedeutung. Die etablierten Nachhaltigkeitskriterien im Energiebereich finden dabei Beachtung und werden durch den Leitfaden für Kommunen handhabbar gestaltet.

Für eine erfolgreiche Umsetzung in den Kommunen soll eine innovative Kommunikationsstrategie ausgearbeitet werden (*dritte Phase*), die durch Information das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung in den Kommunen (Unternehmen, Bürgerschaft und Verwaltung) schärft und weiter ausbildet. Zudem soll mit ihr das Kompetenznetzwerk entwickelt und gestärkt werden. Die erarbeitete Kommunikationsstrategie soll auch auf andere Kommunen übertragbar sein. Der Leitfaden wird in der *vierten Phase* in den Modellkommunen erprobt. In diesen Modellkommunen sollen die Schaffung von Kompetenznetzwerken im Energiebereich und die Umsetzung der Maßnahmen unterstützt werden. Diese Netzwerke sind in Form von kommunalen oder ggf. auch regionalen Arbeitsgruppen zu etablieren, die sich regelmäßig treffen. Sie dienen außerdem als Analyseforen, um die Fortschritte und Ergebnisse der Prozesse zu reflektieren (Evaluation, Erfolgskontrolle). Die Modellkommunen liegen sowohl in West- und als auch in Ostdeutschland, um die unterschiedlichen Ausgangssituationen und Anforderungen berücksichtigen zu können. Ein Austausch der Modellkommunen soll jeweils im zweiten und dritten Projektjahr stattfinden. Diejenigen Kommunen, die nicht über den Wettbewerb als Modellkommune gewählt wurden, werden jedoch intensiv in den Erfahrungsaustausch integriert. Als Projekt begleitendes Gremium wird ein *Fachbeirat* etabliert, der das Projekt beratend unterstützt und evaluiert. Der Fachbeirat tagt jährlich.

Die Modellkommunen zielen alle darauf hin, eine Umweltentlastung zu erreichen, die über die gesetzlichen Vorgaben oder die bisher übliche Praxis hinausgehen. Sie ziehen zu Beginn des Projektes, spätestens zum Beginn des Kommunikationsprozesses, Zwischenbilanz mittels einer CO<sub>2</sub>-Bilanzierung. In der Folge verpflichten sich die ausgewählten Kommunen Darmstadt und Eisenach, die eigenen Klimaschutzziele, basierend auf den Vorgaben des Klimabündnisses und seinen Maßgaben von 2006, diese Ziele um folgende Marken zu übertreffen:

**Stadt Darmstadt:** 40 % Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Einwohnerin bis 2020 (Basisjahr 1990). Darmstadt beabsichtigt über das Klimabündnis-Ziel hinaus eine zusätzliche Minderung von 30 % bis zum Jahr 2050.

**Stadt Eisenach:** Festschreibung eines CO<sub>2</sub>-Minderungsziels, das um 10 % über die Vorgaben des EU-Aktionsplans und einer Reduktion von 30 % (Basisjahr 1990) bis 2020 hinaus geht. Die Stadt Eisenach hat sich bisher zu den Zielen des Klimabündnisses bekannt. Sie verpflichtet sich, bis zum 3. Arbeitsschritt des Projektes, der Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie, einen Beschluss basierend auf dem EU-Aktionsplan herbei zu führen.

**Stadt Rheinberg:** Festschreibung eines CO<sub>2</sub>-Minderungsziels, das um 10 % über die Vorgaben des EU-Aktionsplans und einer Reduktion von 30 % (Basisjahr 1990) bis 2020 hinaus geht. Die Stadt Rheinberg hat sich bisher erst Teilziele gesetzt. Sie verpflichtet sich, bis zum 3. Arbeitsschritt des Projektes, der Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie, einen Beschluss basierend auf dem EU-Aktionsplan herbei zu führen.

## **Öffentlichkeitsarbeit und Präsentation**

Die im Projekt erarbeiteten Erkenntnisse werden der Öffentlichkeit durch Publikationen (u. a. in einschlägigen Fachzeitschriften, Sammelbänden und DBU-Informationsmedien) und der Abschlussveranstaltung im Zentrum für Umweltkommunikation in Osnabrück zugänglich gemacht. Zudem sind Vorträge auf Fachtagungen und eine eigene Fachveranstaltung zum Transfer der Projektergebnisse vorgesehen.

